



FRONTEX-Schüsse auf Migrant/innen sind nicht tolerierbar

Pressemitteilung von Andrej Hunko, 02. März 2012

"Die Schüsse von Beamt/innen der FRONTEX-Mission in Griechenland müssen umgehend aufgeklärt werden. Hier zeigt sich das menschenverachtende Migrationsregime der Europäischen Union", kommentiert der Bundestagsabgeordnete Andrej Hunko die Meldung über eine Schießerei am griechisch-türkischen Grenzfluss Evros. Der Vorfall ereignete sich im Rahmen der Mission der EU-"Grenzschutzagentur" FRONTEX, die sich aus mehreren Mitgliedstaaten zusammensetzt. Auch deutsche Polizist/innen sind beteiligt. Hunko weiter:

"Dies ist bereits der zweite Vorfall dieser Art. Der polizeiliche Einsatz von Schusswaffen auf Migrant/innen ist nicht tolerierbar. Die Bundesregierung muss die Angelegenheit umfassend aufklären. Hierzu müssen auch die beschossen Migrant/innen befragt werden. Ihre etwaige Abschiebung betrachte ich insofern als Verdunkelung und Beihilfe zu Straftaten.

Meine parlamentarische Frage nach dem Tod eines

Flüchtlinge im Rahmen der FRONTEX-Mission
'Poseidon 2011 Joint Operation' im August 2011
konnte der Staatssekretär Ole Schröder nicht
beantworten. Deutschen Bundespolizist/innen in
Griechenland sei hierzu 'nichts bekannt'.

Der neuerliche Vorfall illustriert die militarisierte
Migrationspolitik der Europäischen Union. Auf die mit
Satelliten und Radaranlagen hochgerüstete
Grenzsicherung müssen Migrant/innen mit immer
riskanteren Routen reagieren. Vor zwei Jahren hatte
FRONTEX erstmals "schnelle Eingreiftruppen" (RABIT)
ins Grenzgebiet am Evros geschickt, um auch diese
Migrationsroute zu kontrollieren. FRONTEX selbst ist
aber immer weniger demokratisch kontrollierbar."